

Neue Bücher

■ „Systemwettbewerb“ zwischen Gesetzlicher und Privater Krankenversicherung – Rechtliche Voraussetzungen und Grenzen

Lioba Sternberg, Schriften zum Gesundheitsrecht, Band 39, Verlag Duncker & Humblot, Berlin 2015, 305 Seiten, ISBN 978-3-428-14633-8, 79,90 Euro

Zu den Standardmythen des deutschen Gesundheitswesens gehört die Mär vom Systemwettbewerb zwischen gesetzlicher und privater Krankenversicherung. Zwar haben Ökonomen längst beträchtliche Zweifel an der Effizienz der Ressourcenallokation im dualen Krankenversicherungssystem angemeldet (Pfister, Jacobs) und Fragen der Belastungs- und Verteilungsgerechtigkeit thematisiert (Rothgang, Reiners), der Mythos wird trotzdem zur Prolongierung des Status Quo speziell von den juristischen Unterstützern der PKV ins Feld geführt.

Umso erstaunlicher ist es, dass eine juristische Dissertation aus der Universität Bonn dem Mythos den Garaus macht und historisch wie verfassungsrechtlich nachweist, dass von einem Wettbewerbsverhältnis zwischen gesetzlichen Krankenkassen und privaten Krankenversicherungsunternehmen keine Rede sein kann. Da helfe auch kein Blick auf die Situation in den Niederlanden oder in der Schweiz. Dort existiere ein einheitlicher Versicherungsmarkt, den Lioba Steinberg auch für Deutschland präferiert. Aber hier liege der Teufel aber im (verfassungsrechtlichen) Detail. Zwar habe der Gesetzgeber einen weiten Spielraum bei der Gestaltung von Sozial- und Privatversicherung, müsse aber die Grundrechte von Bürgern und Unternehmen ebenso beachten wie die Kompetenzzuweisungen und Grundprinzipien der Verfassung.

Das Werk von Sternberg ist eine solide juristische Untersuchung, die auch denjenigen überzeugt, der wenig Sympathien für das deutsche duale System aufbringt. Trotzdem seien Zweifel an der persönlichen Einschätzung der Verfasserin erlaubt, dass rechtspolitisch ein Prämienmodell der gegenwärtigen Finanzierung der GKV vorzuziehen

sei. Hiergegen ließen sich erhebliche Bedenken – nicht nur aus dem Grundgesetz – mobilisieren. Aber das ist eine andere Debatte, die heute niemand mehr aktiv führt. Vielmehr stellen die aktuelle Nullzinspolitik der EZB und die mangelnde Kostensteuerung die privaten Krankenversicherungsunternehmen vor erhebliche Probleme. Beitragssteigerungen in zweistelliger Höhe stellen die Akzeptanz der PKV bei den Versicherten in Frage und rufen die Politik auf den Plan. Nie war die Gelegenheit für die Schaffung eines einheitlichen Versicherungsmarktes günstiger.

Franz Knieps, Berlin

■ Europäisches Arbeits- und Sozialrecht

Monika Schlachter, Hans Michael Heinig (Hrsg.), Enzyklopädie Europarecht, Band 7, 1243 Seiten, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2016, ISBN 978-3-8329-7237-0, 158 Euro

Auch wenn die Arbeits- und Sozialordnung im vereinten Europa weitgehend eine Domäne nationaler Rechtsordnungen geblieben ist, führt an der Bedeutung supranationalen Rechts in diesen Rechtsgebieten kein Weg vorbei. Daher stellen die Herausgeber einer umfassenden Enzyklopädie zum Europarecht zu Recht fest, dass das Arbeits- und Sozialrecht der Mitgliedsstaaten in weiten Teilen europäisch determiniert sei und dass sich diese Entwicklung fortsetzen und verstärken werde. Deshalb ist die Zeit reif für eine grundlegende Auseinandersetzung mit der Entwicklung des Europarechts.

Diese Aufgabe erfüllt der vorliegende Teilband einer übergreifend angelegten Enzyklopädie in hervorragender Art und Weise. Nach einer Erörterung der Grundfragen des Europäischen Arbeits- und Sozialrechts befasst sich der erste Hauptteil mit dem europäischen Arbeitnehmerschutz. Die einzelnen Abschnitte analysieren unternehmensspezifische und vertragsspezifische Regelungen, widmen sich besonderen Vertragsverhältnissen und personalspezifischen Regelungen (Mutterschutz und Jugendschutz) und

beschreiben das europäische Arbeitsschutzrecht. Den europäischen Kollektivrechten ist ein eigener Teil vorbehalten. Der zweite Hauptteil befasst sich sehr ausführlich mit den sozialrechtlichen Koordinierungsregeln. Dabei werden allgemeine Regeln einschließlich Organisation und Verfahren ebenso herausgearbeitet wie die Spezifika der wichtigsten materiellen Fragen – von Krankheit und Mutterschutz über Alter und Invalidität, Arbeitsunfall und Arbeitslosigkeit bis hin zu Familienleistungen und beitragsunabhängigen Leistungen – erörtert. Der Schlussteil setzt sich mit dem Spannungsverhältnis von europäischem Wirtschaftsrecht und mitgliedsstaatlichem Sozialrecht auseinander. Hier werden sowohl die (gewollten und ungewollten) Wirkungen des europäischen Beihilfen-, Vergabe- und Kartellrechts thematisiert als auch die Reichweite der europäischen Grundfreiheiten erörtert. Es versteht sich fast von selbst, dass die einzelnen Kapitel von exzellenten Kennerinnen und Kennern beider Rechtskreise mit großer Sorgfalt bearbeitet worden sind. Literatur und Rechtsprechung sind auf dem aktuellen Stand. Die Erläuterungen sind präzise formuliert, aber trotzdem auch für diejenigen verständlich, die sich nicht täglich mit europäischen Rechtsfragen befassen. Also kann die Schlussfolgerung des Rezensenten nur lauten: Ein rundherum gelungenes Werk, das eine Vorrangstellung unter den Publikationen zum Europarecht einnehmen wird und das seinen Preis wert ist.

Franz Knieps, Berlin

■ Freiheit – Gerechtigkeit – (Soziales) Recht – Festschrift für Eberhard Eichenhofer

Stamatia Devetzi, Constanze Janda (Hrsg.), Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2015, 716 Seiten, ISBN 978-3-8487-1842-9, 149 Euro

Das Sozialrecht in der Bundesrepublik Deutschland steht offenbar am Scheideweg. In der juristischen Ausbildung zu einem (freiwilligen) Nebenfach degradiert, sucht es nach seinem Platz in der Welt der expandierenden und sich

ausdifferenzierenden Rechtsgebiete. Dabei ist durchaus zu würdigen, dass sich das Sozialrecht aus den Klauen des Arbeitsrechts befreit hat und eigene dogmatisch Wege im Spannungsfeld von Zivilrecht und öffentlichem Recht gefunden hat. Auch scheint die Fundamentalkritik am Sozialstaat nach dem Versagen des Neoliberalismus in der letzten Wirtschafts- und Finanzkrise leiser geworden zu sein, so dass der ideologische Nährboden für das Infrage stellen von Institutionen und Instrumenten des Sozialrechts erkennbar trockener geworden ist. Trotz dieser Entwicklung verflüchtigt sich der Eindruck nicht, dass sich das Sozialrecht nur noch im Kriegsgang vorwärts bewege.

Da passt es gut, dass ein runder Geburtstag eines exponierten Sozialrechtlers Anlass bietet, nicht nur Bilanz zu ziehen, sondern kraftvolle Ausblicke in die Zukunft des Sozialrechts zu wagen. Der 65. Geburtstag des Jenaer Gelehrten Eberhard Eichenhofer im November

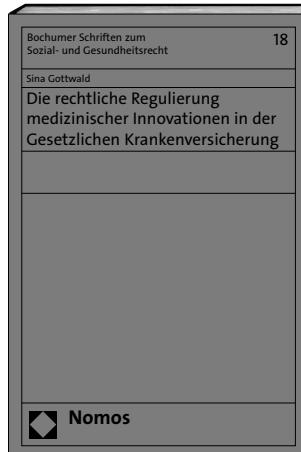
2015 führt FreundInnen und KollegInnen aus dem In- und Ausland zusammen, um Freiheit und Gerechtigkeit als zentrale Zielparameter des Sozialrechts auszuleuchten. Die Festschrift wird dabei den vielfältigen Aktivitäten Eichenhofers in unterschiedlichen Lebens- und Schaffensphasen ebenso gerecht wie den aktuellen Fragestellungen an Sozialpolitik und Sozialrecht. Dabei wird vor allem deutlich, dass sich Eichenhofe nie mit der nationalen Perspektive alleine zufrieden gegeben hat, sondern immer die internationale und speziell die europäische Dimension mit gedacht hat. Dem tragen zahlreiche Beiträge in dieser Festschrift Rechnung. Exemplarisch seien die Auseinandersetzung mit dem rechtlichen Schutz von Mindeststandards (Adler), die Untersuchung der Bedeutung der Arbeitnehmerfreizügigkeit auf das nationale Recht (Fuchs) oder die Kritik am Ausschluss von MigrantInnen vom Grundsicherungsbezug (Janda) genannt. Besonders hervorzuheben ist der kritische

Blick von Bernd Schulte auf das europäische Sozialstaatsmodell – sein letzter Beitrag vor seinem überraschenden, allzu frühen Tod. Schließlich finden sich wichtige Beiträge zu aktuellen Entwicklungstrends beispielsweise in der Rentenversicherung (Ruland), der Pflegeversicherung (Udsching) oder der vertragsärztlichen Bedarfsplanung (Wenner).

Eberhard Eichenhofer hat nicht nur in seinen Werken, speziell im überaus erfolgreichen, mittlerweile in der 9. Auflage erschienenen Lehrbuch zum Sozialrecht, Maßstäbe gesetzt, sondern ein offenes Netzwerk für den fachlichen und persönlichen Austausch geschaffen, das dem Sozialrecht Zukunftsperspektiven eröffnet. Hierfür gebührt ihm Lob und Anerkennung – kurzum eine seinem Wirken gerecht werdende Festschrift, die weniger zurück als nach vorne blickt. Ein gelungenes Werk ist erschienen; jetzt muss es nur noch gelesen und rezipiert werden.

Franz Knieps, Berlin

Innovationsregulierung in der Gesetzlichen Krankenversicherung



Die rechtliche Regulierung medizinischer Innovationen in der Gesetzlichen Krankenversicherung

Von RAin Dr. Sina Gottwald

2016, 533 S., brosch., 139,- €

ISBN 978-3-8487-2419-2

eISBN 978-3-8452-6578-0

(*Bochumer Schriften zum Sozial- und Gesundheitsrecht, Bd. 18*)

www.nomos-shop.de/25214

Der Innovationszugang in der GKV erweist sich als ein rechtlich höchst unübersichtlich reguliertes Problemfeld. Die Arbeit widmet sich daher der Analyse und dogmatischen Systematisierung des Rechts der Innovationsregulierung in der GKV. Sie zeigt Schwachstellen der Regulierung auf und präsentiert Lösungsansätze.



Unser Wissenschaftsprogramm ist auch online verfügbar unter: www.nomos-eibrary.de

Bestellen Sie jetzt telefonisch unter 07221/2104-37
Portofreie Buch-Bestellungen unter www.nomos-shop.de
Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer

